Da läuft was: Vor dem Panoramalauf am 6. April stellt die PZ einen Fan und Helfer vor. **Seite 24**

Hohe Ehrung für Udo Mack
Der Kommunalpolitiker erhielt in Stein das Bundesverdienstkreuz. **Seite 25**

REGION

JOURNAL

Schülerströme geraten in Bewegung

ENZKREIS. Wie kommen Schüler aus Pforzheim rechtzeitig zum Schulbeginn in der künftigen Heckengäu-Gemeinschaftsschule an den Unterrichtsort Mönsheim? Diese Frage tauchte für den Verkehrsausschuss des Kreistags im Zusammenhang mit der Diskussion über die Erstattung der Schülerbeförderungskosten auf. Landrat Karl Röckinger machte in der Vorlage für die Räte deutlich, wie die jüngsten Schulpläne die Schülerströme im östlichen Enzkreis in Bewegung setzen. Zum Beispiel die Heckengäuschule mit den Standorten Wiernsheim und Mönsheim als Gemeinschaftsschule. Dort haben laut Kreisverwaltung Eltern aus Pforzheim, aber auch aus Niefern und Öschelbronn wegen eines möglichen Schulbesuchs ihrer Kinder nachgefragt. Die derzeitigen Buslinien passten aber noch nicht zu solchen Wünschen, so die Kreisverwaltung.
In den Blick rückt aber auch die Gemeinschaftsschule Maulbronn und Illingen, für die der Kreis einen Einzugsbereich bis nach Knittlingen, Lienzingen, Sternenfels und Ölbronn-Dürrn annimmt. Mit einem Umsteigen in Mühlacker auf die Stadtbahn sehen die Verbindungen dort nach Einschätzung der Verwaltung immerhin zum Schulort Illingen besser aus. Die dritte Gemeinschaftsschule an der Schillerschule Mühlacker immerhin bereitet verkehrstechnisch kein Kopfzerbrechen. ***hei***

Wohnhaus abgebrannt

BAD WILDBAD-CALMBACH. In einem Wohnhaus im Friedhofsweg in Bad Wildbads Stadtteil Calmbach ist gestern gegen 13.15 Uhr aus noch ungeklärter Ursache ein Brand ausgebrochen. Das teilte das Polizeipräsidium Karlsruhe mit. Die Bewohner hätten das Haus unversehrt verlassen können. Die Feuerwehren aus Bad Wildbad und Calmbach waren mit rund 40 Kräften im Einsatz. Nach den ersten Erkenntnissen wird der entstandene Schaden wird auf rund 100 000 Euro geschätzt. Das Kriminalkommissariat Calw hat die Ermittlungen aufgenommen, um herauszufinden, wie genau es zu dem Feuer kam. ***pol***

Pforzheimer Zeitung
Sie haben Fragen an unseren Zustelldienst?
Rufen Sie an: 07231 - 933 210
Redaktion Region:
07231 - 933 222
Fax: 07231 - 933 260
E-Mail: redaktion@pz-news.de
Internet: www.pz-news.de

Großer Rahmen in der Hagenschießhalle fürs letzte Hafner-Kapitel: Wimsheims Gemeinderat hat den Bebauungsplan abgesegnet. FOTO: TILO KELLER

Hafner kann kommen

- Gemeinderat Wimsheim gibt grünes Licht für den Bebauungsplan.
- Beschluss markiert Endpunkt eines heftig umstrittenen Verfahrens.

SABINE MAYER-REICHARD
WIMSHEIM

Jetzt ist es amtlich: Das Pforzheimer Traditionsunternehmen C. Hafner kann in Wimsheim bauen. Der Gemeinderat hat gestern Abend einhellig grünes Licht für den Bebauungsplan gegeben – damit ist nun auch das letzte Mosaiksteinchen für den Neubau der Gold- und Silberscheideanstalt in der kleinsten Enzkreis-Gemeinde gesetzt. Das Gelände hat Hafner wie berichtet bereits gekauft, auch der Bauantrag wurde vom Gemeinderat genehmigt. Dieser Ball liegt nun beim Landratsamt. In der Gemeinde ist nun auch der Bebauungsplan als Satzung beschlossen worden. Das markiert den Endpunkt eines heftig umstrittenen Verfahrens, das Wimsheim in zwei Lager gespalten hat.

Im April vor zwei Jahren trat die Firma erstmals mit ihrem Ansiedlungswunsch an die Gemeinde heran. Nachdem eine Voruntersuchung keine Hindernisse ergeben hatte, legte der Gemeinderat in einer nicht-öffentlichen Sitzung die Leitlinien fest, dann wurde Ende November die Bevölkerung über die Pläne informiert. Ende 2012 folgte der Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren und Ende Juli 2013 fiel nach der Beratung über die eingegangenen Stellungnahmen der Grundsatzbeschluss für den Verkauf an Hafner. Gestern nun sagte Philipp Reisert, Geschäftsführer von C. Hafner, er sei sehr erfreut, dass das Verfahren nun beendet sei. Er betonte, dass auch bei der weiteren Umsetzung des Vorhabens Überprüfungen etwa zu den Emissionen stattfinden werden.

Kritische Fragen

Gestern standen erneut die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (23 an der Zahl) und der Bürger (107) zur Abwägung an. Da ging es um Themen wie Artenschutz, Schallschutz, Entwässerung, geotechnische Gutachten und Schornsteinhöhe. Ergebnis: Änderungen des Bebauungsplans sind nicht notwendig. Wie die Verwaltung informierte, befassten sich die Stellungnahmen der Bürger meist nicht mit diesen Dingen. Es seien vielmehr Fehler bei der Aufstellung des Bebauungsplans oder bei den örtlichen Bauvorschriften gerügt worden. Die Kritik nehme man zur Kenntnis, so die Verwaltung. Änderungen würden dadurch nicht notwendig.

Kritische Stimmen wurden auch gestern Abend wieder laut. Die Gegner der Hafner-Ansiedlung, deren zweites Bürgerbegehren mittlerweile auch höchstrichterlich abgelehnt ist, demonstrierten vor der Hagenschießhalle. In der Sitzung wollten sie zahlreiche Fragen beantwortet haben. Beispielsweise Infos zum Kaufpreis, den Hafner für das Gelände gezahlt hat und weitere Inhalte des Vertrags.

Ein ausführlicher Bericht über die Sitzung folgt in der morgigen PZ-Ausgabe.

Schulfolgen für Neulingen

NEULINGEN. Hat die Entscheidung des Neulinger Gemeinderats, dem Schulverband fürs Bildungszentrum in Königsbach nicht beizutreten, Folgen für die Schüler? Auf diese Frage geht Heiko Genthner, Bürgermeister in Königsbach-Stein und Vorsitzender des schulischen Verbands fürs Gymnasium und die Realschule, in einer Stellungnahme ein. „Die Schüler aus der Gemeinde Neulingen werden genauso aufgenommen wie vor diesem Beschluss“, sagt Genthner. Aus Neulingen gehen zurzeit 220 Kinder ins Bildungszentrum, etwa so viel wie aus den Mitgliedskommunen Eisingen oder Ispringen.

Genthner sagt nach dem Nein aus Neulingen aber auch: „Dadurch verpassen die Neulinger Entscheidungsträger die Chance, für ihre Schüler dauerhaft den Zugang zum Bildungszentrum zu sichern und nehmen bewusst in Kauf, dass bei einer überhöhten Nachfrage durch Entscheidungen des Regierungspräsidiums oder des Schulamts Kinder aus Neulingen nicht aufgenommen werden könnten.“ Der Gemeinderat Neulingen hatte seine Entscheidung damit begründet, angesichts der benachbarten Schulstandorte in Pforzheim und Bretten sei eine Festlegung nur auf Königsbach nicht sinnvoll, wie die PZ berichtete.

Die in der Gemeinderatssitzung in Neulingen gemachte Aussage, dass zu den Kosten „Zahlen scheibchenweise bekanntgegeben wurden“ ist aus Genthners Sicht nicht richtig. Die jeweiligen Daten seien Neulingen mitgeteilt worden. Die jüngst beschlossenen hohen Ausgaben für den Brandschutz würden den Verbandsgemeinden Eisingen, Ispringen, Kämpfelbach und Königsbach-Stein auch nicht leichtfallen. Aber es gehe um ein attraktives Angebot für die Schüler. ***pm/rst***

„Beharren auf guten Lärmschutz“

Enttäuschte Bürger: Ausbau der Remchinger A 8 geht ohne Verbesserungen weiter

RALF STEINERT
REMCHINGEN/BERLIN

„Der Ausbau der Autobahn bei Remchingen schreitet zügig voran, beim Lärmschutz hingegen lassen sich keine positiven Signale erkennen“ – dieses Fazit ziehen die Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ und die Gemeinde Remchingen in einer gemeinsamen Mitteilung nach dem Spitzengespräch im Bundesverkehrsministerium in Berlin. Nachdem die Untersuchungen der Gemeinde „eklatante Fehler im schalltechnischen Gutachten aufgedeckt hatten“, seien die Erwartungen hoch gewesen, in letzter Sekunde doch noch einen guten Lärmschutz zu erhalten.

Im Gespräch in Berlin, an dem Irmgard Zachmann, Stefan Urbitsch und Frank Jouvenal die Initiative sowie Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und Ortsbaumeister Udo Schneider die Gemeinde vertraten, versprach die Staatssekretärin Dorothee Bär immerhin, eine neue Analyse der Lärmbelastungen in Auftrag zu geben, wie die PZ bereits berichtete. „Obwohl das Bundesverkehrsministerium die Fehler des ursprünglichen Gutachtens einräumte, werden keine zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen ergriffen“, so die Remchinger Vertreter. Die Gemeinde bleibe nun dabei, mit einer eigenen Untersuchung „zumindest eine verlässliche Grundlage zu erhalten“. „Wir werden weiter auf der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben beharren und uns deshalb vehement für einen entsprechenden Lärmschutz einsetzen“, heißt es in der Erklärung.

Zunächst müsse nunmehr das Ergebnis des von der Gemeinde beauftragten Gutachtens abgewartet werden. Ob eines Tages juristische Schritte ergriffen werden, sollten sich die massiven Überschreitungen der Grenzwerte bestätigen, ist noch nicht geklärt.

Gipfeltreffen in Berlin für den Lärmschutz: Die Remchinger Bürgerinitiative mit Stefan Urbitsch (von links), Frank Jouvenal und Irmgard Zachmann überreichte der Staatssekretärin Dorothee Bär einen Forderungskatalog, die Gemeinde vertraten Ortsbaumeister Udo Schneider und Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon. FOTO: PRIVAT

Der Enzkreis gibt viel Geld für den Umweltschutz aus

RALF STEINERT | ENZKREIS

Umweltschutz ist teuer, wie jetzt wieder im Umweltausschuss des Kreistags deutlich wurde, als die Kreisräte hohe Ausgaben bei der Abfallentsorgung und für die Kontrolle der Häckselplätze durchgingen.

Auf der großen Deponie Hamberg in Maulbronn müsse nun der **Recyclinghof** verlegt werden, so die Kreisverwaltung. Dort, wo das außerordentlich stark genutzte Entsorgungszentrum aufgebaut worden ist, könne es nicht bleiben, weil die gesetzlichen Vorschriften das nicht mehr zulassen.

Überlegungen, den Hof für Abfälle im Großraum Maulbronn anzusiedeln, hätten sich zerschlagen, so Umweltdezernent Karl-Heinz Zeller. Also werde nun auf rund 5500 Quadratmetern, das entspricht annähernd der Größe eines Fußballplatzes, innerhalb der Deponie ein neuer Standort für den Recyclinghof gebaut. Das kostet rund 890 000 Euro.

„Ist das eine Luxuslösung?“, fragte Kreisrat Winfried Scheuermann (CDU) die Verwaltung. Landrat Karl Röckinger konterte mit Zahlen, kein anderer Hof im Enzkreis habe so hohe Anlieferungen wie Maulbronn, mithin müsse eine gewisse Größe einfach sein. Bei zwei Enthaltungen stimmte der Ausschuss dem Konzept zu.

120 000 Euro gibt der Kreis für die zusätzliche Betreuung der 31 **Häckselplätze** aus. Zwar stehen Paten den Bürgern zur Seite, damit Gartenabfälle in den richtigen Containern landen. Da die Mengen aber zunehmen, sei es nötig, die Häckselplätze intensiver unter die Lupe zu nehmen. Die Firma GSI Enzkreis wird diese Aufgabe übernehmen und zweimal wöchentlich Grüngut umladen, sollte es falsch abgeladen worden sein.

Das Rote Kreuz wird nun flächendeckend im Kreis **alte Kleider einsammeln**. Das DRK stellt dafür 40 Container auf. Das Landratsamt rechnet mit jährlich rund 1300 Tonnen, etwa 700 Tonnen mehr als bisher. Das DRK könne 250 000 bis 280 000 Euro Mehreinnahmen erwarten, müsse aber höhere Kosten decken. Das Rote Kreuz benötige die Einnahmen, sonst könne man die Arbeit nicht voll aufrecht erhalten.